

V0388/18  
öffentlich

## Gemeinschaftsantrag der Stadtratsfraktionen und Stadtratsgruppe BGI, SPD, DIE GRÜNEN, ÖDP

Fraktion SPD, Fraktion DIE GRÜNEN, Fraktion BGI, Gruppe ÖDP

Stadt Ingolstadt  
Herrn Oberbürgermeister  
Dr. Christian Lösel  
85049 Ingolstadt

**SPD-Stadtratsfraktion**

Unterer Graben 83-87  
85049 Ingolstadt

**Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN**

Taschenturmstr. 4  
85049 Ingolstadt

**BGI-Stadtratsfraktion**

Milchstr. 4  
85049 Ingolstadt

**ÖDP-Stadtratsgruppe**

Habsburgerstr. 25  
85051 Ingolstadt

Ingolstadt, 24..04.2018

Gremium	Sitzung am
Stadtrat	09.05.2018

### Schaffung einer Stelle für einen externen Ombudsmann

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Lösel,

in der letzten Sitzung der Arbeitsgruppe Compliance wurde seitens der uns beratenden Rechtsanwaltskanzlei vorgeschlagen, dass neben einem Compliance-Beauftragten bei der Stadt Ingolstadt zusätzlich auch die Stelle eines unabhängigen externen Ombudsmanns eingerichtet werden soll. Damit würde für alle Menschen in unserer Stadt die neue Möglichkeit geschaffen, sich auch anonym an einen Ombudsmann der Stadt zu wenden, der aufgrund seiner Position jedem Vertraulichkeit zusichern kann.

Diesen Vorschlag begrüßen wir ausdrücklich, wie wir Ihnen in unserem gemeinsamen Schreiben vom Februar 2018 mitgeteilt hatten, um die Schaffung einer solchen Stelle anzuregen. Eine Antwort Ihrerseits auf unser Schreiben hat es leider nicht gegeben.

Wir stellen daher für die Stadtratssitzung im Mai folgenden **Stadtratsantrag**:

Bei der Stadt Ingolstadt wird die Stelle eines unabhängigen externen Ombudsmanns eingerichtet. Diese neue Ombudsstelle der Stadt Ingolstadt soll zudem die Zuständigkeit für sämtliche Tochtergesellschaften und alle verbundenen Unternehmen der Stadt Ingolstadt übertragen werden, soweit diese nicht über einen eigenen Ombudsmann (wie beim Klinikum) verfügen.

Die wichtigen Konsequenzen aus den Vorgängen am Klinikum wurden im Wesentlichen durch die Einrichtung der Position eines Ombudsmanns am Klinikum ermöglicht. Daher halten wir es für richtig, dass alle Menschen in unserer Stadt – selbstverständlich auch die Beschäftigten der Stadtverwaltung und der städtischen Gesellschaften – eine Anlaufstelle bekommen, bei der sie im geschützten Raum und auch anonym ihre Beschwerden über das Handeln der Verwaltung und der Tochterunternehmen vortragen können. Viele andere Kommunen und auch Ingolstadt selbst haben mit diesem Modell eines möglichst weitgehenden Schutzes von Hinweisgebern und Whistleblowern bereits gute Erfahrungen gemacht.

gez.  
Achim Werner  
Fraktionsvorsitzender SPD

gez.  
Petra Kleine  
Fraktionsvorsitzende GRÜNE

gez.  
Christian Lange  
Fraktionsvorsitzender BGI

gez.  
Thomas Thöne  
Gruppensprecher ÖDP